

„Interessengemeinschaft“ vorgégaukelt werden.

Doch diese demagogische Propaganda wird scheitern! Schon heute erkennen große Teile der Werktätigen, daß es sich um ein raffiniertes Betrugsmanöver handelt. In Westdeutschland gibt es einige Beispiele für „Volkskapitalismus“, die natürlich mit großem Propagandaaufwand gepriesen werden. Der Mannesmann-Konzern rühmt in seinem Geschäftsbericht, daß 1956 mehr als 54 000 Kleinaktionäre Miteigentümer des Unternehmens waren. Die Belegschaftsmitglieder der Farbenfabriken Bayer AG besitzen insgesamt 11,6 Millionen an Aktien, die jedoch nur 2,1 Prozent des Aktienkapitals von 550 Millionen DM darstellen. Wie gelangten die Arbeiter nun in den Besitz dieser Aktien? Dadurch, daß sie die Möglichkeit erhielten, ihre „Gewinnbeteiligungsprämien“ in Kleinaktien umzutauschen. In den Westberliner Eternit-Werken wurden Kleinaktien angeboten, die auf Ratenzahlung erworben werden konnten.

Besonders schamlos und nicht gerade freiwillig erfolgte die Teilhaberschaft der Belegschaft bei Siemens. Im ersten Nachkriegsjahr mußten die Arbeiter einige Wochen ohne Lohn arbeiten, um die Produktion wieder in Gang zu bringen. Später wurde ihnen dieser vorenthaltene Lohn in Form von Gutscheinen angerechnet und dann in Kleinaktien des Konzerns umgetauscht. Das war die erste neue Kapitalakkumulation des Siemenskonzerns nach dem Kriege.

Der Umtausch von Prämien, Zulagen, Weihnachtsgratifikationen in Kleinaktien des Unternehmens wird' in vielen Betrieben Westdeutschlands allmählich zum System, wobei man von seiten der Direktionen mit sanftem Druck nachhilft.

Die Kleinaktie kann also auf zwei Wegen in die Hände des Arbeiters kommen: erstens durch den ihm vom Unternehmer vorenthaltenen Lohn; zweitens durch Kauf aus seinem Lohneinkommen, also durch eine Lohnrückzahlung an den Unternehmer.

Nach dem Willen der Kapitalisten sollen die Arbeiter für ihren sauer verdienten

Lohn Kleinaktien der Konzerne kaufen, das heißt, aus ihren Spargroschen den Monopolgesellschaften zusätzliches Kapital zur Verfügung stellen, mit dem diese dann wirtschaften können. Die Vertreter der Investmentgesellschaften¹⁾ behaupten, die Werktätigen seien durchaus in der Lage, sich durch die Kleinaktie an Industrieunternehmen zu beteiligen, da sie durch das „Wirtschaftswunder“ wohlhabend geworden wären. Wenn die arbeitenden Schichten jedoch heute so wohlhabend sind, dann ist es einfach unverständlich, warum die Verschuldung der Bevölkerung von Jahr zu Jahr angestiegen ist. Der noch nicht zurückgezahlte Konsumentenkredit erreichte 1956 bei Möbeln und Industriewaren 2,6 Milliarden und bei Lebensmitteln und Textilien 4,6 Milliarden DM. Mehr als 7 Milliarden Schulden der Verbraucher — das ist der „Wohlstand“ im L#nde des „Wirtschaftswunders“.

Verstärkte Kapitalakkumulation für die Großkapitalisten also — das ist das ökonomische Ziel der „Volksaktie“. Die Wirtschaftspresse Westdeutschlands veröffentlicht täglich Berichte und Kommentare, in denen Industrie- und Bankherren ihre Unzufriedenheit darüber ausdrücken, daß sich die Kapitalakkumulation nicht schnell genug erweitere. Der Kapitalmarkt müsse besser organisiert werden, so heißt es in den Kreisen des Finanzkapitals.

Gewaltige finanzielle Mittel wurden vom westdeutschen Kapital in den letzten Jahren investiert. Von 1950 bis 1955 betrug allein die Summe der Neuinvestitionen rund 60 Milliarden DM; die Investitionen für die Rüstungsindustrie verschlingen weitere Milliarden. Und dazu sollen die Werktätigen nicht nur durch ihre Steuergroschen beitragen, sondern auch ihre Ersparnisse zur Verfügung stellen.

Von den Propagandisten des „Volkskapitalismus“ wird behauptet, durch die „Volksaktie“ könnten die Arbeiter Einfluß auf die Leitung der Betriebe und auf die Volkswirtschaft nehmen. Doch die Tatsachen sehen anders aus! Die „Volks-

1) Die Investmentgesellschaften sammeln Spargroschen der Werktätigen und legen diese in der Industrie an. Dafür erhalten die Sparer Aktien dieser Gesellschaften.